

Hamburger Echo.

Das „**Hamburger Echo**“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Post-
catalogs 3106) ohne Frangebild vierteljährlich M. 4.20; durch die Kolportage wöchentlich 36 $\frac{1}{2}$ Cent in's Haus.
Eingefundene Nummern 6 $\frac{1}{2}$ S. Sonntags-Nummern mit illust. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 $\frac{1}{2}$ S.
Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Waberst** in Hamburg.

Mittwoch, den 14. Juli 1897.

Anzeigen
werden die sechseckspaltige Petitzeile oder deren Raum mit 80 $\mathcal{A}$, für den **Arbeitsmarkt**, **Vermietungs-** und **Familienanzeigen** mit 20 $\mathcal{A}$ berechnet.
Anzeigen-Nachnahme in der **Expedition** (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreau:
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die Kinder des Volkes.

Das deutsche Volk befindet sich gegenwärtig in einer außerordentlichen Lage. In der Regierung herrscht eine unübersehbare Verwirrung; man kann keine bestimmte Politik derselben, sondern nur die Projekte einzelner Mitglieder erkennen. Herr von Miquel will eine Steuerreform und Herr von der Hede will ein „kleines Sozialistengesetz“. Die zwoischen rechts und links hin und her schwankenden Nationalliberalen werden heftig bearbeitet, damit sie „umfallen“ sollen, was sie wahrscheinlich auch thun werden. Das Zentrum liegt auf der Lauer und das Junkertum sucht in den trübten Strömbeln der inneren Politik zu fischen. Strengere Abperrung der Grenzen und Steigerung der Korn- und Fleischpreise, staatliche Viehesgaben sind sein Ziel und ein scheinbig gehandhabtes Ausnahmengesetz gegen allen „Umsturz“, damit die Ausbeutung des gesammten Volkes ohne mannchehne Kritik und Opposition vor sich gehen kann. Ob die Industrie mit ihrem Export unter einer reaktionären Agrarpolitik leidet oder nicht, ist dem Junkertum ganz gleichgültig. Dabei wird ein Felszug gegen das allgemeine Wahlrecht eröffnet und unverhohlene Junkerblätter brohen mit Staatsfreigabe, wenn das Volk nicht einen Reichstag wählen will, der für einen „harbesgenäßigen“ Lebenswandel befrachtet und verfrachten „Mitter“ forat.

Das Volk ist allem mit einer unerforschlichen Geduld zu. Es muß die Wahlen abwarten. Bei diesen erst kam es sein Urtheil über alle Diejenigen ausprechen, die es so herausfordern. Hingig Menschen sind oft der Meinung, diese Volksgebühre müsse ein Ende nehmen; es müsse zu einer Bewegung à la 1848 kommen. Herr Lengmann hat auf der Tribüne des Reichstages sogar mit „Revolution“ gedroht. Ja, wer soll denn diese Revolution machen? Herr Lengmann und andere die Pflaster werden es gewiß nicht thun. Aber die Arbeiter? Nun, die werden am allerwenigsten so thöricht sein, mit dem Militarismus anzubinden und sich niederhmetzen zu lassen, wie gewisse „große Staatsmänner“ seinerzeit vergebens gehofft haben. Sie wissen recht genau, was die soziale Bewegung mildervollend macht, und die lebenswürdigen Absichten der Junter sind eben so gegenstandslos wie die Revolutionärsphrasen der Lengmann und Genossen. Bei den Wahlen werden Krant- und Schlotzjunter die Beche zu befehlen haben für Alles, was sie gethan, und das Bettere wird sich finden.

Und als ob noch nicht genug wäre mit Allem, was man dem deutschen Volke zumuthet und von ihm verlangt, und als ob man seine Gebuhr auf die stärkste Probe stellen wollte, gehen auch die Flottenenthusiasten seine Hude. Für Verklammerung der politischen Rechte, für Steigerung der Lebensmittelpreise, für Schädigung des Exports, von dem viele Millionen von Arbeiterexistenzen abhängen, zur Schmälerung des Wahlrechts soll auch noch die ungeheure Last kommen, welche eine große Schlachtflotte erfordert, mit der „Weltpolitik“ getrieben werden kann. Man mag gar nicht daran denken, wie viele Millionen ein solches Experiment verschlingt. Das Alles kinnert aber die deutsche Kolonialgesellschaft und die Bismardpresse gar nichts, denn die Sache soll doch wieder so eingefädelt werden, daß die große Masse den Hauptantheil zu tragen hat. Wozu wären denn alle die Geheimen Finanzgriffe da, wenn sie nicht den richtigen Weg ausfindig machen könnten?

Das deutsche Volk kann sich für die Flottenpläne nicht erwärmen; darüber bleibt ihm Zweifel übrig. Und so verstimmt man auf einen Gebanten der für unsere Zeit so recht bezeichnend ist. Die deutsche Kolonialgesellschaft und die Bismarckpresse verlangen, daß die Agitation für die Flottenpläne in die Schule verlegt werde; der Unterricht müsse darauf angelegt werden, die „heranwachsenden Deutschen“ davon zu überzeugen, daß eine große Schlachtflotte für Deutschland absolut notwendig sei. Die meßenburgische Unterrichtsverwaltung soll den Anlaß machen und entsprechende Maßregeln treffen, und es wird die Hoffnung daran geknüpft, daß die anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen würden „ihre große Aufgabe“ begreifen und dem erhabenen Beispiel Meßenburg nachschließen.

Man kann einigermaßen im Zweifel sein, ob dies zum Lachen oder zum Weinen ist. Wir für unser Theil lachen dazu.

Wenn man glaubt, mit den Erwachsenen sein Ziel nicht erreichen zu können, und man wendet sich an die Jugend, so kann das unter Umständen ganz zweckmäßig sein. Aber in Marinefragen? Will man vielleicht den Gehegebern die Nothwendigkeit der Schöpfung einer großen Schlachtflootte einleuchtender machen, indem man ihnen von Studenten oder gar von Schülern Vorträge über die Flottenfrage halten und sie an ihre patriotischen Neigungen mahnen läßt? Und wie soll in den Mädchen- und höheren Töchterschulen der Flotten = Unterricht angebracht werden?

Es wird von einigen Blättern in Preußen die Frage aufgeworfen, ob verglichen mit dem Geiste der Verfassung nichtwiderlaufe, wenn damit sei die „Freiheit der Unterrichtsleitung“ bedroht. D. darüber braucht man sich keinen Kummer zu machen. Unsere Herren Pädagogen werden für diese Freiheit nicht in die Schranken reiten. Unter dem Schulvertheismus groß und klein giebt es Tausende, bei denen die Verherrlichung kriegerischer Thaten die angenehmste Seite und die Hauptsache des erzieherischen Unterrichts ist. Man bringt es ja auch fertig, in Mädchen-Schulen kriegerischen Verherrlichen zu lassen — wo soll also auf dieser Seite die Schwierigkeit für die

Flottenagitation liegen? Sie wird in der Schule mit tausend Freuden in Angriff genommen werden.

Man täuscht sich dabei aber in der Hauptsache, nämlich in der Jugend selbst. Es mag sein, daß man die Söhne und Töchter der „oberen Zehntausend“ für eine Schlachtflotte begeistern kann, wenigstens zum großen oder größten Theil. Man es dahin bringen, daß die Knaben und Mädchen Martenmilien, Marineblitz und Marineblousen tragen. Aber die Kinder des Volkes — und sie bilden die ungeheure Mehrzahl — sie find für solche Dinge nicht zu haben. Möge man sie mit der Flottenfrage nur anregen, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen — immer zu! Diese Kinder sehen zu Hause den harten Kampf ihrer Eltern um das Dasein; sie haben einen Begriff von der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und sie sind schon für den Sozialismus gewonnen, ehe sie ihr näher kommen. Laufende von ihnen müssen ohne wärmes Brustkind zur Schule gehen. Andere kommen mit ganz andernem Willen, Andere schon von anstrengender Arbeit erschöpft, und diesen Kindern will man die Ueberzeugung beibringen, daß das Nothwendigste, dessen sie bedürften, eine große Schlachtflotte sei! Man möge es nur versuchen!

Diese Jugend, die freudlos und unter harten Entbehrungen heranwächst, sie wird das Volk vollenden, das ihre Väter begannen; sie wird der Arbeiterklasse die politische Macht erringen, die zur Abschaffung der Klassenherrschaft erforderlich ist. Man schärfe und kläre die Anschauungen dieser Jugend, indem man sie mit den Marineplänen be-
helligt — es wird unsere Sache nicht wenig fördern.

Von der Weltbühne.

Die Spekulation auf die Christlichkeit der Nationalliberalen, die von Stumm und anderen Schornmachern betrieben wird, um das „kleine Sozialistengesetz“ durchzubrüden, wird von den offiziellen Organen der nationalliberalen Partei fortgesetzt mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Die „Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei“ erklären diesbezüglich:

„Immer wieder dieselbe Spekulation auf die liberale
Mittelpartei, nur daß jetzt eine Spekulation auf die
Charakterlosigkeit der nationalliberalen Abgeordneten und
auf den Verfall an der durch wiederholte Abstim-
mungen Überzeugung daraus geworden ist. Es ist
Verblödung, derart noch zu spekuliren, nachdem der
Reiz nach die Wgg. Dr. Krause's Entscheidung
gehört die Einmüthigkeit und die Kraft. Die liberale
Regierung wird sich mit dem am 23. Juli offenbar werden
wird dieselbe Mehrheit, wie am 28. und 31. Mai, mit
den Verrenkungen beschaffen aufstehen und damit die ge-
samte gleichgerichtete Unternehmung begibt. Was
 übrig bleibt, ist nur zu sehr danach angethan, die innere
Lage noch zu verwirren. Eine Regierung, die jetzt
Monaten aus dem Dammir nicht herausgekommen und
an Ansehen nur Einbuße erlitten, kommt, vom
Herrnshaus rücksichtslos angefaßt, endlich zu
einem Einfluß, aber der ist nur aus der Er-
wartung entpuppen, daß in der Volksvertretung
eine mehr oder minder große Anzahl von
Mitgliedern zu finden sind, die endlich genannten
Scheidpunkt der Regierung eine Mehrheit entgegen stellen
wird. Es vergehen nicht 24 Stunden, so kann die
Regierung oder Wogen hören, daß diese beliebigen
Voraussetzung der nationalliberalen Partei nicht weniger
als zum Schaden gereicht. Bei Freund und Feind be-
gegnet man derselben Ansicht, daß in solchen Falle
der in Achtung und Ansehen verlieren konnte, der so
niedrig von einer großen Partei zu denken im Stand
war. So sind also die Beziehungen nicht nur der
nationalliberalen Fraktion, sondern der Bundesvertretung
überhaupt zur Regierung wie zum Herrenhause weiter
verschaffen. Nicht minder ist aber die Kluft zwischen an-
gekauften Parteien und der Regierung, der Verhandlung an-
gekauften Parteien hinsichtlich jede Politik im Reiche wie im
Bundem angegriffen ist, die nicht eine Politik von Centrum
Geben sein will. Und dies Alles im letzten
Jahre vor dem allgemeinen Reichstags-
wahlen!“

Die Wahrung der Wirtung der Kapitalgeheimen um die
lex Regia heißt auf die nächsten allgemeinen
Rechtsgewalten wird auch von der Mächtige
„Allgem. Reg.“ erwogen. Sie schreibt:
„Der Wunsch, ein solches Gesetz noch in diesem Jahre
angenommen zu sehen, weil das wenigstens einige Ge-
rante für einen ruhigeren Verlauf der Wahlen ge-
währt, entripirt dem vorläufigen Willen der Re-
gierung. Allen Wunsch nach werden die nächsten Wahlen
aus naheliegenden Gründen vielmehr ein Anzeichen
des politischen Aufstiegs der sozialsten Radika-
lismus an den Tag bringen. Sollten sich in gewissen
Bezirken am Rhein und in Böhmen beide Strömungen
ausbreiten, so werden die Wahlen, welche in diesem
Frühjahr, bei den Großstädten, die Wahlen, bei
diesem Erfolg nicht völlig unbeeinträchtigt. Welche
tatsächliche Überhöhung der Wirtungen poli-
tischer Gewalt ist doch noch immer in manchen
Kreisen lebendig. Ruhiger Wahlen sich nach
diesem Vereinseig zu versprechen, heißt, wenn
man die Hoffnung erst nimmt, von während

politischer Rathsel ist. Diese Optimisten
widen sehr bald die Erforschung machen, daß sie die
Ruhe vor Volksversammlungen mit einer Beunruhi-
gung der Bevölkerung erkaufen haben.“

Das Münchener Blatt hält eine Annahme der Vor-
lage für ausgeschlossen, da die Nationalliberalen gegen
diese Stimmen mißthäten, denn: Jedermann sieht, daß, wi-
der die Dinge sich entwickeln haben, die Partei sich
selbst das Todesurtheil unterschreiben würde, wenn sie jetzt nicht alle Mann an Bord riefen
und die Abiegung der vom Herrenhause kommenden
bilden Vorelle zu sichern.“

Ein Raubzug auf die Tassen der Arbeiter soll die rettende That werden, bei welcher Krank- und Schloßjäger sich brüderlich unterstützen. Die im Jahre 1878 in der Kranzauer freischäpferischen Fabrik entstandenen Schußhölzer auf Eisen und die Spinnereierzeugnisse solcher für Caen haben wollten die Schußhölzer für Industrieerzeugnisse waren aber nur zu gering, wenn die Kranzauer ihre Zustimmung gaben. Diese wurde nun dadurch erreicht, daß man die sogenannten „Wirtschaftlichen Erlöse“ gründete, in welcher die Industriellen den Kranzauern Getreide, Vieh und Eisen beizubringen. Dieses Geschäft wurde als ein solches zwischen den beiden Parteien eingeleitet, so daß der Kranzauer Brief geschaffenen Erzeugnissen der Getreidefabrik wieder aufgegeben wurde. Jetzt werden Versuche gemacht wieder Frieden zu schließen. Die „Kranz. Ztg.“ schreibt: „Ein Vertragen nach solchem Schlugen? Man möchte es nicht glauben, indessen liegt hüben und drüben das Versteck nach und wenn der feilsche Schatz nicht sich selbst danach vor und wenn der feilsche Schatz nach dem Schatz der Nationalbank anrufen und nach der Nationalbank in der Nationalbank einmal eine kleine Auktion stattfinden, um einzeln in

er dabei vermuthlich auch die Zukunft im Auge; das Geschäft, das große Hindernissen, das bei der Erneuerung der Handelsverträge anbrechen wird. In angriffenen Fällen, in denen man so ein seines Verhältniß für die materiellen Unterlagen der Politik bezieht, hat man sich längst darauf besonnen, daß der Export der maßlosen Beschämung von Handel und Industrie zwar für seine Nothwendigkeit, doch verhängnisvoll ist, daß er aber keinen materiellen Schaden und selbst nicht einmal die Zerstörung der Börsen für die Consequenzen der Unmenschlichkeit irgendwie vortheilhaft für die Welt machen will. Deshalb hat man das mit dem eigenen Leagen begonnen und in der That tiefer, tiefer die Euthelung beschritten, jemals in höher oder gar schädlicher Weise gegen die Industrie und ihre Vertreter in den Mund genommen zu haben. Mit vollkommener Uebernahme betont man die Nothwendigkeit der „Einigkeit aller schaffenden Stände“, d. h. derjenigen, die da die Klinker der Gesetzgebung in der Hand haben, in der Ausübung der anderen; und man laßt die Industrie mit freundschaftlicher Handbegleitung ein, doch gefällig im Bunde der Sandwirthschaft Platz zu nehmen. Das ist ein ganz famoses Besatz; es hat Platz für Alles und bringt doch Jedem ab, wozu er just will, wofür sich die Börse noch bestens bezahlt macht. Wenn sie aber nicht einziehen — nun, die Sandwirthschaft könnte sich auch einmal ihre freigeschaffenen Vergangenheit erinnern und die Thorheit einsehen, die in einer höheren Bezahlung der Industrieerzeugnisse liegt, als die freie Konkurrenz es verlangt.

„Diese Drohung, die Furcht vor einem tieferen Niveau der Industriekatastrophe, hat bei einem Theile unserer „so überaus leistungsfähigen“ Großindustrie gewirkt. Es finirt zwar sehr vernehmlich über Geist und Geld des Bundes der Verdichtete, er hat aber nicht den Muth, die hingestreckte Hand zu überlegen; er brüdt sie einweisen mit abgewandtem Antlitze und mit einem merkwürdigen Gefühl des Schandens — man darf sich doch mit so einflussreichen Leuten nicht überwerfen.“

Herr v. Med. der Generalsekretär des „Central-Verbandes deutscher Industrieller“, der jährlich 15.000 in Schweiburg in der Provinz Westphalen der Sozialdemokratie gesagt, ist in einer Versammlung der Sozialdemokratischen „Arbeitgeber-Verein“ eine Rede, in welcher er sagte: „Es ist im Namen der ihm nachstehenden Industrie sich einverstanden mit einer Erhöhung der Getreidepreise. Wenn ich — so meinte er wüthlich — der jetzt bestehende Schatz nicht als genügend erweisen wollte, so erhebt die mit nachstehende Industrie keinen Widerspruch gegen die Erhöhung dieses Schatzes; denn, meine Herren, die Industrie hat sich überzeugt, daß die Höhe der Brotpreise einen außerordentlich geringen Schatz auf die Höhe der Löhne ausstellt.“

Dazu bemerkt die „Frankf. Zig.“: „Das ist das formale Eingeständnis des neuen Schulgenossenschafts auf Grund einer Erhöhung der Arbeitslohn. Es wäre interessant, zu erfahren, auf Grund welcher Beschäfte dieser Verein der Herr über sich hierzu berechtigt glaubte, und ob insbesondere der Zentralverband — was wir bezweifeln — dem Herrn Dax bevollmächtigt hatte. Viele Mitglieder des Zentralverbandes werden vermuthlich über diese Erklärung ebenso erstaunt sein wie über die Unschärfe und Bedenken, wonach die Dreiprosente für die Höhe der Lohnleistung sind. Der Bund der Landwirthe freilich kann sich für diese Rangk auf aber auch seiner neuen Anerkennung fähig steigende Arbeitspreise.“ Er will ebenso die Freipreise in die Höhe treiben und selbstherrlich auch die Preise aller übrigen landwirtschaftlichen Produkte. Der Herr dünnt will, muß sein Programm ungeheuer abgeplatteter, er kann nicht sagen: bis hierher und nicht weiter. Herr Dax wird keinem Arbeiter einreden, daß die Höhe der Lebensmittelpreise für ihn und seine Familie glückselig sei; so lange nach ein Wort von Reallohnrecht besteht, wird vielmehr die Arbeiterkraft nach Gegenmitteln gegen solche Wänsen suchen müssen. Wir bezweifeln sehr, ob ein solches Vorgehen der Anhaltische denkwürdig wäre. Für heute wollen wir uns damit begnügen, die Unklarheit an der Zeit betonen, zu fordern, daß der Zentralverband sich von der Forderung einer Erhöhung darüber abhalte, daß er in seinem Plenum wirklich gelassen ist, sich dem Vorgehen zu trennen und den Agraristen als williger Vorposten zu dienen? Man würde nicht im Zweifel sein, wie das Urteil über ein solches Verhalten ausfallen muß!

Die Freunde der Herren Bued und Stum-
wollen das Koalitionsrecht der Arbeiter verwerfen, damit
die Großindustriellen sich am Arbeitslohn schadlos halten
können für die Verluste, die sie den Arbeitern zufügen
lassen wollen. Das Drängen nach dem preussischen
Sozialistengesetz hat daher einen sehr materiellen Unter-
grund. Die Konsumisten sollen ausgebeutet werden,
und damit die Arbeiter nicht den Versuch machen, durch
Vereinigung einen Theil der Verlorenen zurück zu erobren,
soll ihnen das Koalitionsrecht genommen werden. Nun
ist der Satz der Bued'schen Rede verständlich, daß die
Höhe der Lebensmittelpreise einen außerordentlich geringen
Einfluß auf die Höhe der Löhne hat. Würden die deutschen
Arbeiter ein freies Koalitionsrecht haben und von diesem
guten Gebrauch machen, dann wäre es unmöglich, auf
Kosten der Arbeiter solche Bindnisse zu schließen, wie
die Reactionäre sie jetzt anstreben.

Eine Neuorganisation des Getreidehandels will die „Krenz-Ztg.“ herbeiführen, nachdem die Verhandlungen mit den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft zu keinem Resultat geführt haben. Das Junkerorgan kommt zu folgenden Vorschlägen:

Das Vorhanden der hiesigen Bäder, einen eigenen Reichthum zu gründen, muß nach Kräften unterstützt werden; mit der durchgeführten, die Bevölkerung: prinzipieller Anfang gemacht hoffentlich sollen sich die Bäder nicht einschlächtern und gehen müßig und fader dem einmal besessenen Wege weiter. Dinge machen sich nicht!

Des Weiteren dürfen Sondermärkte für Getreide und Fourage behördlich eingerichtet sein. Wenn dies auch zunächst an Schwierigkeiten stoßen, wenn auch zu Anfang die Zahl der Verkäufer überwiegen dürfte, so ist doch anzunehmen, daß die Zeit bald schloßen wird, namentlich wenn die mittleren und kleineren Krieger, die unter der Konkurrenz der mit dem meisten hiesigen Getreidehändler verknüpften Großhändler zu leben haben, sich mit den Landwirthen vereinigen, und sich womöglich verpflichtet, ihren Bedarf nur an diesen einträglichen Sondermärkten zu decken.

Daß ferner der gemeinschaftliche Verkauf von Getreide weiter energisch ausgedehnt, daß namentlich eine gute organisierte Handelsstelle für den Verkauf von Getreide durch die Landwirtschaftsvereine errichtet werden muß; daß ferner so nöthigende Reformen, daß hier die bloße Anbahnung genügen würde. Der Staat selbst mit folgenden Aufgaben: — Daß die Regierung sich die Lösung seiner: bestmögliche zu ergreifenden Maaßnahmen hat keine Ursache auf Erfolg rechnen kann vielmehr die Situation nur verschärfen. Zur Beschleunigung der Handelsreform, die schon schwere Stürme ausgehalten hat, haben wir das feste Vertrauen, daß sie auch diesen die aufeinanderstehenden Kampf durchsteht und sich in demselben gegenständig helfen wird, daß sie energisch an der Lösung der neu gestellten Aufgaben herantritt. Es gilt jetzt, das das Ziel in die Augen zu fassen mit der Debatte einer für Alle und Alle für Einen, mit dem Bewußtsein: „Einigkeit macht Recht.“

Daß man die Organisation des Handels durchgreift, dann kann man auch mit der Organisation der Produktion

beginnen. Denn der Handel ist in der kapitalistischen Gesellschaft nur ein Glied in der Kette der Ausbeutung des Arbeitervolkes. Auch die Arbeiter sollten von dem Verwahrlosten durchdrungen sein, daß Elendhaftigkeit macht. Aber dieselben Leute, welche dem Staat um Hilfe anrufen, verweigern jede Hilfe, wenn die Kerkern im Staate, die Arbeiter, solche Hilfe für sich in Anspruch nehmen wollen. Die Arbeiter durch Gefährdungen, Koalitionsverbot und Sozialistengesetze getrieben und für die ausbeutenden Junker alle Brügel und Liebesgaben, das nennt die konterrevolutive Partei „gerechte Sozialpolitik“.

Der Bund der Landwirthe mocht auch schon für die Weidstaatsmahlen mobil. Am Montag tagte in Berlin eine Versammlung der Wästhellen in der Bezirksvorstehernden des Bundes für die Provinz Brandenburg, an welcher der erste Vorsitzende des Bundes, Herr von Pöhl, Döllingen, und der Direktor des Bundes, Abgeordneter Dr. Diederich Sohn, theilnahmen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Besprechung der nächsten Weidstaatsmahlen und die Aufstellung agrarischer Kandidaturen in der Provinz Brandenburg. Die Ergebnisse der stattgehabten eingeleiteten Beratungen beschloß man vorerst als geheim zu behandeln. Sodann wurde die Agitation in den einzelnen Wästhellen und die Einflußnahme von Rednern beprochen. Die Herren mögen das Ergebnis ihrer Beratungen auch fernerhin geheim behandeln, da Niemand auf dasselbe neugierig ist. Daß der Liebe Wästh' vergeblich ist, werden die Agrarier bald genug erkennen.

Von besonderer Wichtigkeit war die sich anschließende Beratung über den augenblicklichen Stand der Ausführung des Abkommens bezuglich des Getreidehandels. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Delegirten, welche am Sonnabend, dem 10. Juli d. J., zwischen Vertretern der Landwirtschaftskammer Brandenburg und des Vereins der Berliner Getreide- und Produktenhändler Ratzungen haben, folgen erkennen, daß die Interessen der letzteren nicht gefährdet sind, sich den klaren Bestimmungen des Landwirtschaftskammergesetzes über die durch das Gesetz gewährleistete Beteiligung der Landwirtschaftskammern an der Verwertung und den Preisnotirungen der Böden und Märkte zu unterwerfen.

Die heute verkammelten Weißbrot- und Weizenkörner vorliegenden des Bundes der Landwirthe der Provinz Brandenburg sprechen die Erwartung aus, daß die künftige preussische Staatsregierung nur einer solchen Neuregelung der für die Berliner Produktentörner zu erlassenden Bestimmungen ihre Zustimmung geben werde, welche dem Geiste des Landwirtschaftsmanagements Gesezes entspricht, und daß sie umgekehrt die sich bekundende der Provinz Brandenburg zuwenden werden.

Da die Regierung nach dem hiesigen im Kampfe gegen die Produktentörner erlassenen Gesetz noch geneigt ist, wird, sich von den Agenten weiter treiben zu lassen, muß doch fraglich erscheinen.

Der Reichstagswahlkreis West-Prignitz
der in Folge der Ernennung v. Bobbelskus zum
General verwaist ist, macht den Konföderativen Jähnen
Sorge. Und mit Recht, denn obwohl der Wahlkreis lan-
ge schon konföderativer Weisig gelten konnte, ist er e-
heute nicht mehr und die Gefahr, ein weiteres Mandat
zu verlieren, liegt für die Jähnen sehr nahe. Die ver-
stärkten Schläge des Wahlkreises sind folgende: Der
Landtagswahlkreis Nr. 1878 enthält ein Kreis der
Oberpräsident der Provinz Brandenburg und früherer
Minister bei Jünern, v. Jagow. Seine Wahl erfolgte
bei äußerst geringfügiger Wahlbeteiligung gegen eine
bedeutliche, nach jährenschläge, bald nationalliberalen
Minderheit. Nach Jagows Tode blieb das Mandat in
der Familie; den Oberpräsidenten ersetzte sein Bruder
der Landrath der West-Prignitz war, und schlug dem
nationalliberalen Gegenkandidaten mit 3000 Stimmen
Wechsfig. Allein noch nicht drei Jahre später war die
Stimmung vollständig umgewandelt. Ohne daß eine
sonderliche Agitation entfaltet worden wäre, siegte die
fortschrittliche Dr. Otto Hermès im ersten Wahlgang
mit 5747 gegen 4571 konföderative und 63 gesplitterte
Stimmen, dagegen ergabte bei der Wahl von 1888
der konföderative Ritterschaftsbesitzer von Seibitz
in Plettenberg 6163 und wurde gewählt, während an
den freisinnigen Kandidaten, Fabrikant Zimmer-Witten-
berg, 4222 und auf einen Fäßoldkandidaten des Zentrums
81 Stimmen entfielen. Bei der „Angstwahl“ von 1889
erhielt sich die konföderativen Stimmen auf 6163, die
fortschrittliche nur 4122, obwohl die Wahl im September
erhielt, zum ersten Male wurden in diesem Kreis
90,000 Stimmen auf 1888 abgegeben. In dem Kreis
1890 1890 siegte der konföderative Freigutbesitzer
Günther von Jagow — der dritte Vertreter dieses
Namens — mit 6160 gegen 6245 freisinnige und 920
sozialdemokratische Stimmen. Endlich erhielt bei der
letzten Wahl von 1898 der Konföderative v. Bobbels-
kus 6265 = nur 50,1 Proz. der abgegebenen Stimmen
während auf die Kandidaten der freisinnigen Vereinigung
1458, der freisinnigen Volkspartei 2960, der Sozialdemo-
kraten 1798 entfielen und 11 gesplitterten.

Bei der kommenden Wahl wird, wie wir schon er-
wähnten, die Frage des Kandidatenwechsels eine große Rolle
spielen. Die freisinnige und der konservativen Kandida-
tenliste gegenüber; ebenso hat am Sonntag die freisinnige
Volkspartei den Kandidatenabgeordneten R. G. H. L.
aufgestellt. Ob die freisinnige Vereinigung sich dem an-
schließen wird, ist fraglich; wahrscheinlich erscheint un-
ter der feindlichen Eifersucht der beiden Parteien, daß die
Freisinnigen auch einen Kandidaten aufstellen. Dazu kom-
men noch der Antisemit, der den Konservativen am meisten
Gefährdung eintrifft, so daß die „Kron. Korresp.“ diese
Tage schon mit schwarzem Gesicht dagegen lobsonnend
die Kandidaten hat aber bei den Antisemiten keinen Ein-
druck gemacht. Die „Staatsg. Bzg.“ entgegen mit einer
Hinweis darauf, daß die Konservativen im Wahlkreis
Zorgan-Niederwerra bei der letzten Wahl 2066 Stimmen
verloren haben, ohne daß die Antisemiten einen ge-
wichtigen Einbruch“ unternommen hätten; auch in Han-
nover gingen die Stimmen der „nationalen“ Kandi-
daten um 2748 zurück, und in der dort kein antisemi-
tischer Gegenstand aufgeworfen wurde. Da dürfte es den-
noch den Konservativen auch im Falle Bedrückung
auf die eigenen Kräfte die richtige Mehrheit von
25 Stimmen, mit der sie sich 1893 noch behaupteten,
einen großen Schritt zurück zu verzeichnen, so daß dann die
Freisinnigen den Sieg davontragen würde. Unter dieser
Umstände erscheint es, die „Staatsg. Bzg.“ nicht nur
für das Recht, sondern geradezu für die Pflicht der
Deutschförmigen Reformpartei, den Versuch zu machen, ob
es ihr nicht gelingt, den Kreis gegen Freisinn und Sozial-
demokratie zu verheiraten.

Die Konzeptionsarbeiten befrägen, daß der einheitlichen Handlung des Bundes der Landwirte unterliegt werden wird. Die antisemitische „Gannou. Post“ hatte sich für die Unterstützung des Antisemiten durch den Bund auf eine Rede berufen, die der neue Direktor des Bundes, der Abg. Dr. Gahn, kürzlich in einer Verlesung in Triest gehalten hat. Dr. Gahn soll dort erklärt haben, die deutsch-jüdische Reformarbeit habe die Forderungen des Bundes ebenso, wie die Frage der Handelsverträge besser zu berücksichtigen als die jüdische. Gahn hat sich nicht als „Führer“, doch der Bund hat konsequenter Kandidaten bevorzugt haben. Gahn bemerkt recht kleinlich die „Kreuzzeitung“, „Sollten“ der Abg. Dr. Gahn wirklich so ausgedrückt haben, so hätte die konservative Partei mit ein

Wanderung der bisherigen Politik des Bundes der Landwirthe zu rechnen." Zweifellos liegen somit die Aktien für den konstanten Mandatsbewerber nicht besonders günstig und es erscheint als ausgeschlossen, daß er im ersten Wahlgange siegt. Der weitere Verlauf wird davon abhängen, mit ihm in die Stichwahl kommt, wenn nicht aber. Nach links sieht sich sehr geltend macht, daß er überhaupt ausfällt, was am meisten zu wünschen wäre.

Ueber den Ursprung der Bielefelder Kaiserrede haben sich die Hofberichterhalter bürgerlicher Blätter den Kopf zerbrochen. Meistens ohne Resultat erblickten in denselben ein wohlorthodotirtes neues Programm. Jetzt nimmt der Zeitschriftenrevisor Pastor Böhmenschwing in Bielefeld die Urheberhaft dieser Rede für sich in Anspruch. In der „Neuen Westfälischen Volks-Zeitung“ veröffentlicht er eine Darstellung über seine Beschreibungen und die Beschäftnisse in seinen Anhalten, worin er seine Begegnung mit dem Kaiser eingehend skizzirt. Dieser Schilderung entnehmen wir folgende Sätze:

„Wir standen hier grade in dem Waldhause von Wilhelmshorst vor dem Reinigungsboden der Wandarmen, dem St. Josefshaus, besonders Theilnahme gewandten.“

— Der Kaiser sprach gegenüber einer gegenwärtigen Anzahl seine Belehrung aus, daß schon die große Vornehmheit sei und den großen Adel nicht wieder nöthigen müßte, wenn es doch immer wieder, was Angesehener nicht, nicht gerecht, in reinen neuen Kleider sich füllte, und fragte, wie lange es dauere, bis solche Reider zu verdienen liege. Ich sprach von dem großen Schwierigkeit unserer Lage, die rechte Mitte zu finden, um nicht zu viel und nicht zu wenig zu verdienen, und daß wir mit der Vornehmheit auskommen nicht verstanden müßten — ohne Angst in ihrem in Ordnung sei seine Vornehmheit möglich. Namentlich sei es auch Pflicht der Gefolgung, daß der nationalen Arbeit voller Saug genährt werden müßten gegen die Thranen derjenigen, welche den freien Mann, der arbeiten will, durch Drohungen an seiner freien Arbeit hindern. Ich fernte mich, hier auch St. Josefshaus Zustimmung zu finden.“

Welche Lust drückt denn schimmer auf unser
Arbeiterstand, als die Lust der immer steigenden Wohnung
mieten? Wäßen nicht in den größten Städten
Arbeiterfamilien schon über ein Viertel ihres ganzen Be-
dienstes für die Wohnungen ausgeben und noch dazu die
schlechte und ungesunde Wohnungen? Sind nicht
Schmelz und mehr aller Fleißer der Wohnungen Arbeit-
nehmungen? Wie tun arbeiten also die Arbeiter in
Zimmerleute? Arbeiten sie nicht für den kleinen
Lohn? Wenn man der Lohn ist Ungemessene klein
die Arbeiterzeit immer heruntergezogen, so wird auch dabei
das Wohlgehe des Arbeiter unmöglich gemacht, um
glückliche Familien zu haben — der Werk-
eigenen glücklichen Arbeiter.

Wie sind in großer Sorge, wie wie die
bereits begonnene Arbeiterbewegung festhalten und
und was nicht ist schlicht, denn der arme Arbeiter
seiner Arbeiter nicht mehr hoffen kann! Ja weiß
viel Arbeiter mit ihrem Herzen die Schicksal Gottes
und wenn ich wählen sollte, wollte ich lieber Vater
oder Zimmermann sein, als Arbeiter, wenn man mit
die Freiheit gestalten will, zu arbeiten, was
und wie lange ich will. Inzwischen glaube
freilich, daß auch hier die Befreiung festlich
sein müßte und unparteiische Schiedsgerichte
richten, damit dem gemeinsamen Spiel über
sich nicht ein Gemach wird, wie die Arbeiter
sich nicht mehr ablehnen.

brandig und eitleig wird.“

Diese wenigen Worte werden genügen, um zu urtheilen, wie es in dem Kopfe dieses „gottbegnadeten“ und „von Gott gelandten Mannes“ aussieht. Die Viehsfelder Bauhandwerker verlangen bei 94hündrigen Arbeitsehl 40 resp. 45 $\frac{1}{2}$ Arbeitstheil. Solche Forderung findet bei „von Gott Gesalbte“ in Ungemeinem Anklang und erklärt daher die letzten des Viehsfelder geringen Lohnes. Die Viehsfelder sind in den Grndsttten und in dem Markt und nicht wenig hufler durchgehende die Jahreshechte eines höheren Betrag ergtzt als der ganze Arbeitsehl betragen hat, der für die Herstellung des Hauses ausgerechnet wurde. Wie wenn eine Viehsfelder bei dem Viehspreis in Petrofomni, nach folgender Rechnung ergtzt. Wenn 30 Bauhandwerker an einem Viehsfeldhaus mit 10 Arbeitsehl arbeiten, dann können sie ein solches Haus zehn Wochen fertigstellen. Würde der Tagelohn der Arbeiter selbst um eine Markte erhöht, dann wird das Haus 1800 fluzer. Rechnet man für diese Summe sechs Prozent Zinsen und Amortisation, so macht das M. 108 fluzer. Diese Summe an jeder Wohnung wertvoll würde. Eine solche Wohnung mit M. 108 fluzer ist in der Viehsfelder in der Grndsttten, wo die Viehsfelderungen von M. 20 bis 80 viel häufiger zu kommen, als Lohnerhöhungen von M. 1 pro Tag für die Bauhandwerker. Die ganze Viehsfelder Viehsfelder scheint darin zu bestehen, daß er schon so lange auf die Erde herumläuft, ohne eine Klugung davon zu haben, es ist im wirtschaftlichen Gebiete hergeht.

r. Aus der Schweiz. In den Volksabstimmung am Sonntag schreibt unser Bärker Korrespondent unter 12. Juli: In der gefrigen, insofern bezüglich der Verlagen als auch der Beteiligung der Stimmberechtig nicht grade bedeutenden Volksabstimmung einmal der Wels der Negation weniger mangemehrvor. Beide neue Bundesverfassungartikel wurden angenommen, und zwar derselbe, betreffend Lebensmittelskontrolle, mit 257000 gegen 8300 und der andere über die Zerstörung des Viehs mit 15300 gegen 6700 Stimmen. Aus den Kantonen Zug, Uri, Appenzel-Auerboden und Nidwald alle drei kantonlos, wurden beide Vorlagen verworfen durch der Artikel über die Forst- und Wasserpolizei von Zug, Nidwalden und Graubünden und der Artikel über die Lebensmittelskontrolle allein von dem sonst bündigen Kanton Glarus. Die übrigen welschen und kantonlosen Kantone nahmen mit der großen Zahl eigenbürtiger Kantone beide Artikel an. — Weniger freudigend ist der Ausgang der Volksabstimmung im Kanton Bern über die Proportionalwahl des Großen Rathes, welche mit 22000 gegen 28000 Stimmen verworfen wurde. Am 3. Mai 1891 stimmten bei viel härterer Verteilung, an der Abstimmung 32000 dagegen und 22000 gegen. — Nun im Kanton Bern auch fernhin das Reichsgesetz über die Eisenbahn. — Im Kanton Solothurn wurde das Polizeibildungsgesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Bei einer Erstkandidatur in den Großen Stadtrat Winterhurs wurde im zweiten Wahlgang der Kandidat der Sozialdemokraten, Herr Dr. Gräffle, Treuenbäumen der Eisenbahn, mit gegen 1139 Stimmen gewählt, so daß nun die Sozialdemokraten in dieser Behörde auf 48 Mitglieder 17 Vertreter haben.

Die englische Unfallversicherungsgesetz-Bill löst in englischen Unternehmernkreisen auf eben so hartnäckige Widerstand, wie er sich anderswo gegen Gesetzgebung dem Schutze der Arbeiter dienen sollen. In dieser Beziehung ist sich das Unternehmertum überall gleich. In voriger Woche ließ der Vorkämpfer im englischen Unterhause gegen den Veranlassungsgesetz sein eine merkwürdige Fehleinschätzung der Parteistellung in dieser Frage. Unter dem Druck des widerstrebenden